

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
27 (1913)**

11 (14.1.1913)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-579087](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-579087)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Redaktion und Haupt-Expedition Mühlhagen, Peterstraße Nr. 20 22. Fernsprech-Anschluß Nr. 58. Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Almsstraße Nr. 24.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Frachtposten 75 Pf., bei Zeitungsabholung von der Expedition 65 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 RM., für zwei Monate 1,50 RM., monatlich 75 Pf., einschließlich Postgebühren.

Mit Unterhaltungs-Beilage und dem Sonntagsblatt „Die Neue Welt“

Bei den Inseraten wird die schlagzeilige Zeile gerechnet und deren Raum für die Inserenten in Mühlhagen-Wilhelmshaven und Umgebung, sowie die Filialen mit 15 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechende Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unentgeltlich. Kleinanzeigen 50 Pf.

27. Jahrgang.

Mühlhagen, Dienstag den 14. Januar 1915.

Nr. 11.

Oesterreich im Jahre 1912.

Wien, Anfang Januar 1913.

Ein Jahr ist verüber, das Glend und Not nicht nur dem arbeitenden Volke Oesterreichs gebracht hat, sondern auch Bürger und Bauern in weitem Umfange daran gemacht hat, daß diese beste aller Welten auch für sie nicht einmal die Sicherheit ihrer Existenz bedeutet. Das Jahr 1912 hand im Zeichen des Knochens und die künftigen Trübsale des Generalstabes sind in diesem einen Jahr erfüllt worden, und das Bürgertum hat mit Begeisterung alle geleistet, was der anwachsende Militarismus von ihm gebot hat. Daß der Ineffizienz des Bürgertums ist Oesterreich so zu einem ausgeprägten Militäristat ausgeartet worden und alle Ansprüche dieses Systems sind sofort von den Vertretern dieses Bürgertums abgedreht worden, als es nicht gerade auch das Bürgertum es wäre, das unter diesem Zeichen ganz offenkundig zu leiden hätte.

Als das Parlament im Frühjahr zusammentrat, wurde ihm von der Regierung die Aufgabe gestellt, die Beherrschung zu bewahren, nahezu ohne Jögern gingen die bürgerlichen Parteien an die Erledigung dieser Aufgabe. Sollten sie früher es nicht gewagt, der Regierung das Vertrauen zu bewilligen, so tust sie sich jetzt, als die nächste Gewaltübernahme dem ungarischen Parlament das Gesetz abgerufen hatte, indem die Opposition kurzerhand hinausgeworfen worden war, mit zugehenden Augen in den Thron. Trotz der Warnungen der Sozialdemokraten wurde das Gesetz auch im österreichischen Parlament unüberändert angenommen, das Gesetz, das den Friedenspräsidenten des gemeinsamen Heeres von 293 800 auf 341 000 Mann erhöht und auch die zweijährige Dienstzeit, die als Entgelt dafür eingeführt wird, durch die zahlreichen Ausnahmen zu einer Jahre macht. So verbindet man die parlamentarische Vertretung des Bürgertums, daß ein förmlicher Vertreter unter den bürgerlichen Parteien der verschiedenen Nationen entstand, war rauber und ohne jede Bedingung die Wünsche der Exekutiveverwaltung erfüllte.

Die Folgen dieser Stärkung des Militarismus zeigten sich, als der Balkankrieg ausbrach. Nun waren die militärischen Kreise großmächtig geworden und spielten mit der Exekutive der beiden Söhne des Kaiser. Dabei aber offenbarte sich die ganze Unfähigkeit der Leiter unserer unermesslichen Politik. Waren sie von dem Ausbruch des Krieges völlig überrascht worden, so fühlten sie die Notwendigkeit durch um so aufgerechterer Schritte vorzugehen zu machen. In der ganzen offiziellen Presse wurde die Parole ausgegeben, daß der Status quo nicht geändert werden dürfe. Aber in denselben Tempo, als der Balkanbund vorbrach, mußten die „Standpunkte“ des Wiener Hofes gewandelt werden. Der „Status quo“ war schon nach dem ersten Siege fallen gelassen worden und ebenso erging es mit den weiteren Operationen, die nun Balkan ausgeben wurden; mit der Unhaltbarkeit des Sandhofs Ansehens; mit dem freien Weg nach Saloniki. Aber die größte Offensicht zeigte sich das Auswärtige Amt mit Hilfe der offiziellen Presse, an deren Spitze die „christlichsozialen“ Reichsboten“ stand, in der Frage des Konjunkturproblems. Tage und Wochen lang wurde die Kriegsbegeisterung in Wien künstlich geschürt und eine erlogene Nachricht jagte die andere. Obwohl man von dem Wohlbefinden Probasos in Kenntnis war, schwing das Auswärtige Amt, als seine Presse die unglücklichsten Schauerwörter über die an dem österreichischen Konjunktur verübten Gewollten verbreitete. Dabei wurde wiederholt gerufen und Hunderttausende Heteroiten einberufen und an die Geirge geschickt. Einzig die sozialdemokratische Presse war es in der deutschen Nation, die gegen die Kriegsbegeisterung ankämpfte, man machte sie mundtot, indem man jedes freie Wort konfiszieren, und das Parlament machte sich mitschuldig an dieser Vergewaltigung der Presse, indem es die Konfiszierung sogar des Pöbel Manifestes billigte.

Die Regierung wollte diese Unterdrückung ausnützen, indem sie dem Parlament ein Gesetz über Kriegseinstellungen abjulierte. Danach wäre es bei jeder „Mobilisierung“ in das Weibchen der Militärverwaltung gestellt gewesen, alle Männer bis zum fünfzigsten Lebensjahr zu militärischen Leistungen heranzuziehen, alle Betriebe für militärische Zwecke mit Beschlag zu legen, die Arbeiter unter militärische Strafgerichtsbarkeit und Disziplin zu stellen — und alles das nicht nur im Krieg, sondern immer, wenn der Landesverteidigungsminister es für angezeigt fand, eine „Mobilisierung“ anzubringen. Die bürgerlichen Parteien waren entschlossen, aus dieses Gesetz zu schließen, und nur dem entschlossenen Kampfe der Sozialdemokraten war es zu danken, daß schließlich die Einschränkung in das Gesetz aufgenommen wurde, daß es nur im Kriegsfall angewendet

werden dürfe — womit vor allem auch die Gefahr einer Verdrehung des Konjunkturgesetzes der Eisenbahnen durch ihre „Militarisierung“ beseitigt wurde.

War die ganze Bevölkerung trotz der Hitze der offiziellen Presse friedlich gelinnt, so fand sie doch durch Boden unter dem jüdischen Eindruck, daß der Krieg unmittelbar bevorstehe. Das ganze Wirtschaftsleben war gelähmt, und während in anderen Staaten eine aufsteigende Konjunktur zu verzeichnen war, war Oesterreich mitten in einer Krise. Der Export nach dem Balkan war schon seit dem Beginn des Krieges unterbrochen und durch die österreichische Kriegsbegeisterung war den gefährdeten Industrien, namentlich der Textil- und der Holzindustrie, der Kredit unterbunden. In Zehntausenden wurden die Arbeiter, namentlich in vielen kleinen Industrien, auf das Maßlos geworfen und wo die Betriebe nicht eingestellt wurden, wurden Arbeiterentlassungen eingelegt. Ein bürgerliches Blatt hat berechnet, daß in den letzten Monaten 400 Anstellungen mit Posten über 100 000 Kronen angemeldet wurden, deren Gesamtsomme 186 Mill. Kronen beträgt, nicht eingerechnet die Tausende kleinerer Anstellungen.

So hat der Militarismus, der durch die Liebedienerei der bürgerlichen Parteien zur Herrschaft gelangt ist, gleich im ersten Jahre seinen Füssen, was er vermag: ihm haben es die Wähler Oesterreichs zu danken, daß sie immer tiefer in das Elend versinken und wenn nun mitgeteilt wird, daß der Kriegsmilitär in diesen Monaten der kriegsrischen Verdrehung nicht weniger als 250 Millionen Kronen ohne parlamentarische Bewilligung ausgegeben hat und daß weitere 200 Millionen für eine neue Flottendivision angefordert werden sollen, so wird wohl auch denjenigen, die sich durch die patriotische Stimmung mitgehen liehen, der Statuenhammer nicht erspart bleiben.

Politische Rundschau.

Mühlhagen, 13. Januar.

Subventionsvertrag mit dem Norddeutschen Lloyd.

Durch die Presse ging kürzlich die Mitteilung, daß das Reich unter der Hand bereits dem Norddeutschen Lloyd die Verlängerung des Subventionsvertrages für die ostpreussischen und ostpreussischen Fahrten geneigt habe, der am 31. März 1911 abläufe. Dazu wird nun amtlich erklärt: „Diese Mitteilung ist insofern anzunehmen, als der auf Grund des Gesetzes vom 13. April 1898 mit dem Norddeutschen Lloyd auf die Dauer von 15 Jahren abgeschlossene Subventionsvertrag vom 12. September und 30. Oktober 1898 gemäß dem Nachtragsvertrage vom 18. 21. März 1899 erst mit dem Monat September 1914 abläuft. Ferner ist dem Norddeutschen Lloyd vom Reiche eine Zusage irgendwelcher Art wegen Verlängerung des Subventionsvertrages nicht gegeben worden. Vielmehr sind bisher lediglich die Vorbereitungen für die griechische Neuregelung, die in der Reichstagsession 1913 und 1914 stattgefunden haben wird, von den zuständigen Reichsreferats aufgenommen worden.“

In der gleichen Sache hat der Abg. Henke-Bremen im Auftrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion folgende kleine Anfrage im Reichstage eingebracht:

Geben Verhandlungen mit dem Norddeutschen Lloyd wegen des im Jahre 1914 ablaufenden Subventionsvertrages begonnen und wie weit sind sie gediehen? Bestehen bei der Reichsregierung die Verhandlungen auch auf andere Reichsweisen und zwar nach dem Gesichtspunkte der Wiedereinrichtung für gleiche Leistungen anzudeuten?

Die erste Frage ist durch die amtliche Erklärung erledigt, anders ist es mit der zweiten Frage. Die Subventionen, die der Lloyd bezieht, sind erheblich; nach den Erklärungen der Direktion des Lloyds decken sich die subventionierten Linien trotzdem nicht. In der Tat wirkt der Norddeutsche Lloyd auch für seine Aktionäre Dividenden ab, die so gering sind, daß sie in gar keinem Verhältnis zu der Größe des Unternehmens stehen. Vor einiger Zeit sind nun recht seltsame Behauptungen aufgestellt worden, die von der Direktion des Lloyd nicht entkräftet werden konnten. Diese Behauptungen gingen dahin, daß die Ergebnisse des Lloyd künstlich herabgedrückt werden, um sich die Subventionen ungetrübt zu erhalten. Die Aktionäre des Lloyd sollen nach dieser Darstellung gleichzeitig Aktionäre der Gesellschaften sein, zu denen der Lloyd in einem Lieferungsverhältnis steht. Die Preise, die dem Lloyd angedreht werden, sollen ziemlich hoch sein, und was die Aktionäre beim Lloyd an Dividende zu wenig erhalten, das beziehen sie aus ihrer Beteiligung an den anderen Gesellschaften in umso reichlicherem Maße. Sehr schlecht kam das Gerücht nicht an, das der Lloyd mit den subventionierten Linien macht, sonst hätten nicht andere Gesellschaften sich um diese Linien beworben. Hätte man dem sogenannten Fürstentum der Konzeption für Emden nicht verweigert, dann wäre eine leistungsfähige

Konkurrenz vorhanden gewesen, die einen Druck auf die Preise ermöglicht hätte. So aber hat man diese Konzeption gemeinsam dem Lloyd und der Sapog übertragen und damit die Monopolstellung dieser beiden Gesellschaften noch befestigt. Die ganze Sachlage ist so verwickelt und absichtlich verdunkelt, daß eine eingehende, sachkundige Untersuchung im Reichstage eine gebietende Notwendigkeit ist.

Deutsches Reich.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. Das preussische Abgeordnetenhaus begann am Sonnabend die erste Sitzung des Etats. Aus der Rede des Abg. Winkler (fort.) ist einzig und allein die Erklärung erschwunden, daß keine Freunde in der Frage der Weitererhebung der Steuerzuschläge sich die Freiheit der Entscheidung vorbehalten. Vielmehr scheint es, als ob die Bemühungen des Finanzministers, ein Komпромiß mit den Konservativen aufzuheben zu bringen, bisher resultatlos geblieben sind. — Abg. Graf Praam von Zentrum widerlegte die Beschlüsse der Reichstagsrede hauptsächlich die Moral der Jesuiten, die die Moral der katholischen Kirche sei, und führte den bürgerlichen Parteien vor Augen, daß sie schon aus dem Grunde für die Aufhebung des Jesuitengeldes kein müßten, weil die Jesuiten die geeignetsten Leute seien, um alle Parteien im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zusammenzuführen. Von den wichtigsten Fragen, die das Volk bewegen, insbesondere von der Wohlfahrtsfrage, sagte er kein Wort; und ebensowenig äußerte er sich über die Freizügigkeit, unter der das Volk zu leiden hat. — Auch der Führer der Nationalliberalen, Abg. Dr. Friedberg, beschäftigte sich, nachdem ihm Graf Praam die Verankerung des Gesetzes hatte, in sehr ausführlicher Weise mit der Jesuitenfrage. Im Bezug auf das Wahlrecht forderte er sofort bei Beginn der neuen Legislaturperiode die Einbringung einer neuen Vorlage; er machte aber die Regierung dafür, daß sie nicht zu radikal vorgehen möge, sondern eine möglichst gewöhnliche Reform anstreben möge. Mit allem Nachdruck erklärte er sich gegen jede Abkündigung oder Aufhebung des § 12 des Wahlgesetzes. So zeichnete sich dem die Rede des Nationalliberalen wieder einmal durch reaktionäre Beharrung auf der ganzen Linie aus.

Vom Regierungsamtliche kamen zwei Vertreter zum Wort: der Kultusminister, der die Erklärung gab, daß das Jesuitengeld auch vor zurüchhalten gehandhabt werden würde, und der Handelsminister, der eine Darstellung der Bewegung im Saarrevier gab. Die Vorgänge selbst sind bekannt. Wenn der Minister auch nicht das geringste Entgegenkommen gegen die Bergarbeiter zeigte, so ist doch die Kritik hervorzuheben, die er den Führern der christlichen Bewegung zuteil werden ließ. Nicht mit Unrecht schilderte er die jämmerliche Haltung dieser Herren, und wenn irgend etwas, so sind die Ausführungen des Ministers geeignet, den Bergarbeitern die Augen darüber zu öffnen, daß sie von den christlichen Führern nichts zu erwarten haben. — Montag wird die Debatte fortgesetzt.

In der Deutscher-Kommission des Reichstages kam es am Sonnabendmorgen vor der Abstimmung noch zu einigen Nachgeleuten, in denen unsere Genossen Wurm und Schmitt-Rindchen nochmals wirkungsvoll für die Herbeischaffung billiger Freizügigkeit durch weitere Ermächtigung an die Gemeinden eintraten. Schmitt stellte auf Grund seiner Kenntnisse aus der Münchener Stadtverordnetenversammlung namentlich die agrarischen Behauptungen des Abg. Ratzinger richtig. Der Zentrumsgesandte Herold markierte recht klar und deutlich, offenbar nicht gerade zur großen Freude des „Arbeitervertreter“ Giesberts, die Vollmacht der Reichstagskommission. Er will am Zollrecht nicht gerüttelt haben; wenn die Städte Freizügigkeit verkaufen wollen, sollen sie selbstgeschicktes deutsches kaufen. Auf den Wunsch eines sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedes teilte ein Regierungsvertreter mit, daß die Erlaubnis zur Einführung russischen Fleisches bis längstens 1. April 1913 etwa 35 preussischen Städten gestattet worden sei. Die Entscheidung über die Anträge auf Verlängerung dieser Erlaubnis werde so weit getroffen, daß die Vorarbeiten der Städte nicht zu spät kommen. Dann kam es zur Abstimmung. Alle sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt, selbst der vom Genossen Koch-Gonou einleitend begründete Bescheidene Antrag, auch kleineren Gemeinden die alten Vergünstigungen, nicht etwa erweiterte, zugänglich zu machen, fand keine Gnade vor den Augen der Zollmehrschreiber. Die Freizügigen stimmten nicht einmal für unteren Hauptantrag betr. Annullation des Gefrierfleisches. Natürlich stimmten unsere Genossen nach Ablehnung unserer Vorschläge für die freistimmigen Anträge, und nach Ablehnung dieser für die Regierungsvorlage, mit der lediglich die Genehmigung zu den völlig unzureichenden

Inventur-Ausverkauf.

Die bei der Inventur zurückgestellten Schuhwaren sollen von heute ab billigt ausverkauft werden.

Damen-Stiefel

Nr. 36-38 . . . das Paar **4.00**

Damen-Stiefel

Nr. 36-42 . . . Paar 10.00 3.00 **6.00**
früherer Preis 12.50-18.00 Mk.

Herren-Stiefel

das Paar . . . 10.00 und **8.00**

Verschiedene Sorten Kinderstiefel

Herren- und Damen-Halbschuhe
zu sehr billigen Preisen.

Herren-Boyc.-Reitstiefel 20.00
nahmengemäht . . . das Paar
früherer Preis 33.00 Mk.

Diese zum Ausverkauf kommenden Schuhwaren sind nur allerbeste Ware u. prima Qualität, für deren Güte und Haltbarkeit wir garantieren.

Die Schuhwaren sind in einem unserer Fenster ausgestellt und werden direkt aus denselben verkauft.

Trost & Wehlau,

Schuhmachermeister
Rüstringen, Wilhelmshav. Straße 70.

Zonhallen.

Am Dienstag:
Große Tanzmusik
Tanzband 60 Stk.

Deutscher
Holzarbeiter-Verein
Zahlstulle Varel.
Sonntag den 26. Januar er.
im Hotel Schütting

Wintervergnügen
bestehend in **Vall.**
Anfang 3 Uhr. Eintritt 30 Stk.
Tanzband 1.00 Mk. Damen frei.
Es ladet freundlich ein
Der Vorstand.

Brake.
Soziald. Wahlverein.
Donnerstag den 16. Jan.
abends 8 1/2 Uhr:
General-Verammlung
beim Wirt D. Decker.
Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht.
 2. Monatsabrechnung.
 3. Wahlen.
 4. Wahlratswahlen.
 5. Beschließen.
- Das Erscheinen der Mitglieder, besonders der Frauen, ist dringend erwünscht.
Der Vorstand.



Die Gesangsprobe

braucht nicht ausgelassen, meine Herren, wenn Sie sich entschließen, Meinet-Zusammenkunft bei sich zu haben und bei beliebiger Stimme oder rauchem Hals davon zu nehmen. Es gibt kein besseres Mittel, um die Stimme klar zu machen. Dies ist der Inhalt zahlreicher Zeugnisse über die in ihrer Wirkung unvergleichlichen Meinet-Zusammenkünfte, die in allen Apotheken und Drogerien 1 Mark pro Schachtel kosten.

Schürzen

für Damen und Kinder in besten Qualitäten, guter Webform und besserer Arbeit, vollständig billig!

Martha Kappelhoff
Edle Hanf u. Leinwand.

Gefütterte Damen-Jackets
und Herren-Überzieher ganz billig zu verkaufen.
Nr. 10, Gerichthofstraße 25.
Gelegenheitsverkauf.

Ein fast neues Piano ganz billig zu verkaufen.
G. Weiskandt,
Häcker, Gerichthofstraße 14.

Kaiser Wilhelm-Saal
Edle Meier u. Wisnandstr.

Jeden Sonntag u. Dienstag:
Große Tanzmusik.

Es ladet freundlich ein
Der Direktor.

Kennen Sie meine Strumpfqualitäten?

Größe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Qualität Konsum	40	45	50	55	60	70	80	90	100	110	120	—	Solide haltbare Qualität
Qualität Torpedo	50	65	80	95	110	120	130	140	150	160	170	180	Reine Wolle, mittelschwer.
Qualität Herkules	60	75	90	105	120	130	140	150	165	180	195	210	Extra schwerer Schulstrumpf.
Qualität Elite	90	100	110	120	130	145	160	175	190	205	220	235	Feinfädiger Strapazierstrumpf
Qualität Anto	95	110	125	140	155	170	185	200	215	230	245	260	Elegante feine Qualität.

Wilhelmshav.
Bismarckstr. 97

B. v. d. Ecken

Rüstringen
Wilhelmsh. Str. 32.

Spezialgeschäft für Kurz-, Weiss-, Wollwaren.

Konsum- u. Sparverein Rüstringen u. Umg.

e. G. m. b. H., Vant.

Die geehrten Mitglieder werden dringend ersucht, monatlich die kleinen Marken gegen große in den Verkaufsstellen umzutauschen. Der Vorstand.

Erhalte dieser Tage

2 Waggon Michel-Briketts

und liefere dieselben pro Zentner zu 1.10 Mk. frei Haus.

Wilh. Heinen, Theilenstr. 11, Telephon 337.

Verband der Sattler und Portseuiller

..... Varel.

Am Freitag den 17. Januar 1913:

Gesellschafts-Abend

mit nachfolgendem Ball.

Anfang präzis 8 1/2 Uhr. — Anfang präzis 8 1/2 Uhr.

Eintritt: Herren 30 Pf., Damen 20 Pf.

Um zahlreiches Besuch bitten
Vorhers & Kunze. Der Vorstand.

Sortiments-Neuverkauf in

Schuhwaren

bis zu 50 Proz. Ermäßigung

H. Sieckmann, Schuhwaren-Gang
Rüstringen, Weststraße 19, Telefon 834.

Städt. Badeanstalt Rüstringen, Odeopferstraße 12.
Öffnet modernago von 8 bis 1 Uhr und von 3 bis 8 Uhr.
Sonntags bis 10 Uhr; an Sonn- und Feiertagen von 8 bis 11 Uhr
vormittags. Die Schwimmbäder sind für Damen an jedem Sonntag
und Donnerstag nachmittag, in der übrigen Zeit nur für Herren geöffnet.

Bevorbereitet werden außer Reinigungsbädern alle medizinischen
Bäder, Wassereimer (Herren- und Damen-Abteilung) 20 Stk., für
zwei Kinder 30 Stk., Wasserbäder 15 Stk., für ein Kind 10 Stk., für
Damen- und Heilbäder 20 Stk., Ganzmassagen 70 Stk., Zellmassagen
25 Stk., elektr. Wasserbad 1 Stk., elektr. Bogenschleuder 2 Stk., elektr.
Kohlensäurebad 1.50 Mk., elektr. Dampfbad, Wasser-Stecker, fischbad
2.50 Mk., fisch 3.50 Mk. u. Verleslister in der Badeanstalt erhältlich.

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Mittwoch den 15. Jan., abends 8.30 Uhr
in Sadowassers Tivoli, Odestraße:

General-Verammlung.

Tagesordnung: Bericht der Ortsverwaltung, Neuwahl
der Ortsverwaltung und Kartelldelegierten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband

Zweigverein Nordenham.

Achtung! Bauarbeiter!

Der Arbeitsnachweis des Arbeitgeber-
verbandes ist für Maurer und Hilfsarbeiter
gesperrt. Kein Mitglied des Deutschen
Bauarbeiterverbandes darf Arbeit durch
dieses Institut annehmen.

Die Firma Herdejürgen und
Harmsen in Einswarden ist nach wie
vor für Maurer und Arbeiter gesperrt.
Zugzug nach Nordenham, Einswarden und
Blexen ist streng fernzuhalten.
Der Zweigvereinsvorstand.

Städt. Höhere Bürgerschule

am Mühlenweg zu Rüstringen.

Anmeldungen von Knaben und Mädchen für
die 3 Vorschulklassen nehme ich am Mittwoch, den
15. Januar d. Js. von 3 1/2 bis 7 Uhr in Schulgebäude
am Mühlenweg Nr. 29 entgegen. Geburts- und Impf-
schein sind mitzubringen.

Rüstringen, den 10. Januar 1913.

Brenner, Rektor.

Wilhelm-Theater.

Dienstag den 14. Jan.,
abends 8.15 Uhr:

Venezig für Herrn
Kapellmeister Vietch

Der Viceadmiral.

Operette in 1 Akt mit 3 Akten
von G. Willöder.

Gemeins. Ortskrankenkasse
der Maurer und Steinbauer
Wilhelmshaven-Rüstringen.

Mittwoch den 15. Januar er.
abends 8 1/2 Uhr

Erdenliche

General-Verammlung
bei Gastwirth, Rüstringer.
Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
 2. Wahl von 3 Revisoren zur
Prüfung der Jahresrechnung.
 3. Aufnahmestellenarbeiten.
- Um vollständiges Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
Rang.

Bürgerverein Neppens

östlicher Teil.

Einladung

zu dem am Sonntag den 26. Jan.
im Saale des Herrn S. Delean
(Stadt Neppens) stattfindenden

29. Stiftungsfest

bestehend in Konzert, Theater und
nachfolgendem Ball.

Raffensammlung 6 1/2, Anfang 7 Uhr.
Eintritt für Mitglieder 30 Pf. und
Nichtmitglieder 1 Mk. Damen frei.
Zu zahlreichem Besuch ladet er
erlaubt ein Das Komitee.

Delmenhorst.

Sozialdem. Wahlverein.
Am Mittwoch den 15. Januar
abends präzis 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Saale des Wirtes S. Meier,
Kappelstraße.

- Tagesordnung:
1. Abrechnung von 4. Quartal
und mit dem Gebietsverein
 2. Abrechnung von der Welt-
nachhilfe.
 3. Wohnungsfrage.
 4. Beschließen.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiches Erscheinen der
Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

Verloren

auf dem Wege von Burgwinde,
Martitz, bis Margoniner, Scher-
keise, eine schwarze Hand-
tasche. Abzugeben gegen Besto-
nung Tennebeimstraße 1, 3. Stog,
Edle Odestraße.

Verloren

ein graue Perdebest. Wieder-
erwerb erhält Besto-
nung. C. Meeno, Schützenstr.,
Rüstringen, Poststr. 26.

Dankagung.

Für die vielen Beweise der
Freundschaft aus Anlaß unerer
silbernen Hochzeit sagen wir allen
Freunden und Bekannten herzlich
Dank.
Ebenburg, den 11. Janr. 1913.
Herr John und Frau.

leichen Bestimmungen selbst und eine größere Abtufung der verschiedenen Vorkerichtsarten vorlieht. Die Unternehmer haben schließlich ihre Vor schläge auf, verlangen aber weitere als jetzt schon vorgesehene Ausnahmsbestimmungen. In der bisher im Reichstafel unzulässigen Kassepense (Gehalt) wurde protokol larisch festgelegt, daß in Orten, in denen die Arbeitszeit länger als bis 6 Uhr abends sich ausdehnt, die übliche Festlegung einer Kassepense durch die Ergänzungen zulässig ist. Die von den Arbeitern geforderte Verbesserung hinsichtlich der Ueberstunden und Nacharbeit wurde als kritisch noch zurückgestellt. — In lebhafte Auseinandersetzungen kam es hierauf bei den allgemeinen Bestimmungen zur Lohnfrage. Hier fordern die Gehilfen vor allem eine unabweisende Formulierung über die festzusetzenden Stundenlöhne, damit nicht Mindergehältern bei Ausübung von Antriebs- und Arbeiten mit einem niedrigeren Stundenlohn abgefertigt werden können. Die Unternehmer wollten dagegen die jetzt bestehende Altersgrenze von 20 Jahren, bei der die höhere Entlohnung einsetzt, auf 22 Jahre hinaufsetzen lassen, was eine wesentliche Verschlechterung des bisherigen Tarifvertrages bedeuten würde. Ferner wollten sie besondere Bestimmungen über Gelegenheitsarbeiter und mit sonstigen untergeordneten Arbeiten Beschäftigten eingeführt wissen. Die Arbeiter aber stimmten der Tendenz der Gehilfenforderung zu, bestellten sich vorläufig eine weitere Erklärung vor. Die Gehilfen beantragten des weiteren den Wegfall der Zulassung einer freien Vereinbarung über die Löhne im ersten Gehaltsjahre. Die Unternehmer dagegen fordern eine Ausdehnung auch noch auf das zweite Gehaltsjahr und die bestehende Gehaltsprüfung als Voraussetzung für die tarifliche Entlohnung überhaupt. — Die Gehilfenvertreter lehnten diese genannten Forderungen ab und entschieden sich ab und verordneten ihre Forderungen mit dem Hinweis, daß gerade die von den Arbeitern auch bei dieser Gelegenheit wieder als minderleistungsfähig hingestellten jungen Gehilfen von ihnen allgemeine Mitverbote eingeführt werden, aus ganz bestimmten Gründen. Ferner stellten sich die Herren Vertreter selbst ein Amnestiezeugnis aus, wenn die von ihnen nach drei- bis vierjähriger Lehrzeit entlassenen Gehilfen nicht einmal die notwendigen Ansprüche an einen Gehilfen unter zwanzig Jahren genügen würden.

Von den weiteren Forderungen, die die Unternehmer beantragt haben, hebt vor insbesondere hervor: den Wegfall der Begrenzung eines event. Abzuges bei Nichterfüllung einer bestimmten Gehaltsleistung (von 10 Prozent); den Wegfall einer Entlohnung bei auswärtigen Arbeiten, wern tägliche Rückkehr möglich ist; eine Beschränkung der bisherigen Ansprüche auf Arbeitsentlohnung; den Wegfall der Lohngarantie bei Affordarbeit; die Einführung von Ausnahmsbestimmungen für „Berufmeister, Polierer, Bergarbeiter“ bei Festlegung des Arbeitsverhältnisses. Außerdem werden gefordert eine Verschärfung der sog. Kautionsklausel, der Wegfall der Bestimmung über Beschaffung verschleißbarer Räume, und über die Durchführung der Bundesratsbestimmung bei Verwendung von bleiblichen Arbeitern, ferner die Festlegung der Ersatzpflicht der Ergänzungen oder Teile derselben bei Verletzungen gegen den Tarifvertrag. Zur Sicherung gegen Tarifverstoße soll eine Geldsumme hinterlegt werden, nach deren Geldstrafen zulässig sein bei Tarifverstoßen oder bei Nichterfüllung der Entlohnungsbestimmungen. Ueber die Frage der Arbeitsvermittlung laßt die Vorlage der Unternehmer mit unüberwindlichen Bemerkungen über staatliche und städtische Arbeitsnachweise hinwegzukommen.

In der Sitzung am Sonnabend wurden die Verhandlungen über das Tarifschema fortgesetzt. Beraten wurde über die Zeitungen und Gegenleistungen, über die Festlegung einer Lohnförmung, über Lohnzuschläge und Fahrgelegenheiten, Affordarbeit, Lohnzahlung und Auflösung des Arbeitsverhältnisses, ohne daß es gelang, in den wichtigsten Punkten eine Einigung zu erzielen. Die strittigsten Punkte wurden für die nächste Beratung zurückgestellt. Da die Durchberatung des Tarifmaterials doch nicht ganz erfolgen konnte, indem die Unparteilichen wegen dringender Angelegenheiten abziehen mußten, wurde beschlossen, die Verhandlungen zu vertagen und am 23. Januar wieder aufzunehmen.

Lohnerhöhungen für die Saarbergleute? Aus dem Saarrevier meldet die „Frankfurter Zeitung“: An inter-

niertes Stelle verlangt, daß die Bergverwaltung die versprochene bessere Entlohnung der Saarbergleute bereits in diesen Tagen zur Wirksamkeit werden lassen will. Die Saarbrücker Bergwerksdirektion wird noch im laufenden Monat eine wesentliche Gehaltserhöhung vornehmen, so daß voraussichtlich eine über das bisherige Maß hinausgehende Lohnsteigerung eintreten wird. Weiter soll auch eine allgemeine Aufbesserung der Schichtlöhne noch in diesem Monat erfolgen.

Der Streit zwischen dem christlichen Gewerksverein und dem katholischen Arbeiterverein Berliner Richtung im Saarrevier tritt immer mehr hervor. Die beiden Zentralräte in Saarbrücken, das christliche Gewerkschaftsorgan „Saarpfost“ und das Organ der katholischen Arbeitervereine „Saarbrücker Postzeitung“ führen seit Wochen eine scharfe Polemik gegeneinander. Die „Saarpfost“ bringt an der Spitze ihrer Nummer vom 10. d. M. eine längere Erklärung, in der sie anfrägt, daß sie Klage gegen die „Saarbrücker Postzeitung“ erheben läßt.

Aus dem Lande.

Cleburne, 13. Januar.

Eine politische Versammlung fand am Sonntag in Weckhausen statt beim Hirt Wälder. Die Versammlung war gut besucht. Landtagsabgeordneter Genosse Heitmann sprach über die politische Lage, Landwirtschaft und Sozialdemokratie. In der Diskussion sprach ein nationalliberaler Lehrer, wodurch sich die Versammlung recht interessant gestaltete. Es wurden mehrere Entschlüsse für den Wahlverein gemacht.

Als „Anstaltsgeblüht“ bezeichnete der Referent des Sanftbundes in einer diesigen Versammlung die Staatsunvermeidung. Die Ironie des Schiffslohs, es daß der freiständige Landtagsabgeordnete Taunen-Heering im Ausschuß des Sanftbundes loht! Es dürfte ihm von Interesse sein, zu unteruchen, aus welchen Kreisen sich der sanftbündliche Zusammenkunft. Die „Kader“ bringen darüber einen Auszug aus dem Jahresbericht des Vereins mit einer Prozentberechnung der Zunahme der Mitglieder nach Berichten. Nach dem Jahresbericht für 1911 gelodeten dem Verein an: 33 selbständige Landwirte, Gärtner, Fischer, Fischer, 270 Gehilfen und Arbeiter bei der Land- und Forstwirtschaft, 87 Fabrikanten und Bauunternehmer, 950 selbständ. Handwerker, 1209 Fabrikarbeiter, Handwerksgehilfen, 93 selbständige Kaufleute und Händler, 65 Handlungsgehilfen und sonstige kaufmännische Gehilfen, 123 Arbeiter, Schiffs-eigentümer, Gast- und Schankwirte, 716 Beamte, untere Eisenbahn-, Telegraphen- und Postbeamte, Eisenbahnarbeiter, unselbständige Schiffer, 142 Dienstmänner, Diensthöten, 421 Ärzte, Apotheker, Lehrer, Künstler, Staats- und Gemeindebeamte, 482 Rentner, Pensionäre und andere Personen ohne Beruf, 4930 Personen als unanwahnend. — Die Zunahme an Mitgliedern aus den einzelnen Berufsständen betrug seit dem Jahre 1909: bei den Bergleuten 3 Prozent, bei den Eisenbahnern um 3,6 Prozent, bei den Unterbeamten um 6 Prozent, bei den Fabrikanten und Bauunternehmern 5 Prozent, bei den Fabrikarbeitern um 8 Proz., bei den selbständigen Händlern und Kaufleuten 10 Proz., bei den Lehrern, Vätern um 10 Proz., bei den selbständigen Landwirten um 17 Proz., bei den Gehilfen in der Land- und Forstwirtschaft 22 Proz., bei den Handlungsgehilfen und kaufmännischen Gehilfen 35 Prozent.

Die Reichswehrminister des Herrn Grafen G. m. v. D. Bremen verarbeitete im vergangenen Jahre insgesamt 1 102 644 Kilogramm Rohmaterial gegen 1 431 782 Kilogramm Vorjahre. Im einzelnen wurden u. a. verarbeitet: 559 Pferde (641), 232 Küllen (151), 952 Kühe (1131), 1121 Rinder (1387), 1309 Kälber (1274), 2133 Schweine (2109), 242 Schafe (349), 208 Jagen (304), 54 Hunde (78). Wildbrand wurde in 84 (64) Fällen, Mauthbrand nach Aufreistreten des neuen Gesetzes in 26 Fällen festgestellt. Die Zahlen in Klammern sind die entsprechenden Zahlen des Vorjahres. Wenn der sehr erhebliche Rückgang im Jahre 1912 gegenüber dem Vorjahre auch zum großen Teile dem Erlöschen der Seuchen im. zugeschrieben ist, so tritt jedoch besonders in den letzten Monaten des Jahres die Wirkung des Absterbenszwanges in Form verringerteter Sterblich-

keit deutlich hervor, eine Warnung für alle Viehhalter, alle gefallenen Tiere zur Abholung prompt anzunehmen. Im Jahre 1912 mußten wieder veränderte Landwirte wegen Vergraben von Kadavern (besonders Schweine, kleine Kühe) resp. Verheimlichung von Seuchen bestraft werden. Wir erwähnen bei dieser Gelegenheit, daß von der Bundespflicht ausgeschlossen sind lediglich die Kadaver von Ferkeln unter 6 Wochen, Hunde, Katzen und Fledermäuse. Alle anderen Kadaver, also auch z. B. kleine Schweine und neugeborene Kühe müssen an die nächste Viehhalle der Kreisviehhalle für Abholung angemeldet werden.

Das Schicksal in dem Brandstiftungsprozess Adele Bartels wurde am Freitag vor der Strafkammer des Landgerichts entrollt. Die „Kader“ schreiben darüber: Im Jahre 1911 brannte das Wälderhaus des Wälders Bild. Rechte zu Seefelder-Ausschüß nieder. Als vermutlich in Betracht kommende Brandstiftung wurde die damals 17-jährige Adele Bartels aus Jaderberg noch am Abend des Brandtages verhaftet, nachdem sie noch einem Hundelungen Streupferd, angeblich in der Hoffnung, auf diese Weise nach Hause entlassen werden zu können, endlich zugegeben hatte, daß sie das Feuer sowohl am Brandtage als auch am Tage zuvor, ohne daß es damals größere Schäden anrichtete, angezündet habe. Am 8. April wurde sie von der Strafkammer auf Grund der Beweisaufnahme zu 1 Jahr und 1 Monat Gefängnis verurteilt. Viermal wurden in der Folge vom Verteidiger Rechtsanwalt Wälder Anträge auf Wiedereröffnung des Verfahrens gestellt. Doch ohne Erfolg. Ein hundert Verlust gelang, nachdem inzwischen ein Revidentenverfahren gegen Wälder, seine Frau und den Diensthofströmman eingeleitet worden war. Daß dies Revidentenverfahren vor dem Schwurgericht mit der Freisprechung der drei Angeklagten endigte, wissen unsere Leser nach. Die Verleumdung war in der Hauptinstanz nicht möglich gewesen und hatte trotz der für sich fraglos für die Angeklagten heissen Lage sich füglich für ihre Alibitien ins Zeug gelegt. Das Urteil lautete wegen einer vollendeten Brandstiftung auf 1 Jahr Gefängnis. Doch behielt das Gericht, Strafmaßstab zu befürworten, so daß nach zwei Jahren völlig einwandfreie Führung gedenkenswertes Strafmäß eintritt.

Spielplan des Großerhöglichen Theaters. Dienstag, 14. Januar: „Wollenbummler“. — Donnerstag, 16. Jan.: „König Heinrich der Vierte“, 1. Teil. Freitag, 17. Jan.: „König Heinrich der Vierte“, 2. Teil. — Sonntag, 19. Jan.: „Mein Freund Teddy“. Lustspiel in 3 Akten von H. Weitz und G. Resnard. Deutsch von Helten-Baekers.

Hänsel, 13. Januar.

Hebräisch. Als der Vater H. Hänsel sich von hier vor einigen Wochen von einer Geschäftsreise von Bonn mit dem Rade heimkehrte, wurde er in der Gegend von Rietze von zwei Männern angefallen und vom Rade gestolen. Hänsel verlor den einen der Angreifer einen Schlag ins Gesicht, doch er rücklings zu Boden fiel. Als er sich mit dem Rade davon machte, hörte er noch rufen: „Schick doch!“ Ob es sich um einen Lieberloh oder um einen Rauback handelt, and im letzteren Falle eine Vernehmung vorlag, konnte noch nicht festgestellt werden.

Rastrop, 13. Januar.

Genet. In Vorschlag brannte das Wohnhaus des Jellers Weger bis auf den Grund nieder. M. erleidet einen großen Schaden.

Delmenhorst, 13. Januar.

Die Auskunftei des Gewerkschaftsverbandes war im Jahre 1912 von insgesamt 892 Personen in Anspruch genommen. Von den Besuchern waren 551 männlichen und 251 weibl. Geschlechts. Die Auskunftei betreten in 262 Fällen die Sozialversicherung, in 156 Fällen das Bürgerl. Recht und in 12 Fällen die Gemeinverordnung. Schriftsätze wurden insgesamt 226 angefertigt und in 27 Fällen die Vertretung übernommen. Durch die Auskunftei wurde in vielen Fällen unnütze Prozesse verhüten, nicht unbedeutende Summen für Kosten und Gebühren erspart und ganz erhebliche Summen an den Auskunfteikassen zutreffend Lohn oder Gehalt erlitten. Die Auskunftei ist eine der besten Einrichtungen der organisierten Arbeiterschaft, die von

Der Napoleon.

Novelle von Alfred Döds.

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung.)

Der Napoleon aber sprang auf und rief: „Himmelsterrangasankermordemitter! Altwahl is das Dippe voll!“ Krebberl im Gesicht, mit funkelnden Augen verlies er die Stube, schritt über den Hof auf die Gasse hinaus und war eine Minute später in seines Schwagers Haus, das er seit sieben Jahren nicht mehr betreten hatte.

Oben kam der Dlemoh aus dem Oberstod die Treppe herunter. Er schwang ein Beil in der Hand und brüllte: „Edworscher, wo stest du?“

Jetzt gewahrte er beim Nächstlein, der aus der Wohnstube drang, seinen Schwager. Einen Augenblick stutete er, dann drang er auf ihn ein.

Der Napoleon als der Stürzer wandt ihm im Ru das Beil aus der Hand, gab ihm einen Stoß, daß er rücklings zu Boden schlug und wie tot liegen blieb.

„Is de nu eweg?“ rief er hervor, weissen Schaum vor dem Mund. „Ich glaub's noch nel. So ein Luppel hat neun Leben wie eine Kuh.“

Rabbel lag ein Wächlein. Das nahm er kurz entschlossen, schlang's dem Dlemoh um den Hals, schleppte ihn in die Wohnstube und löschte ihn am Wehkrappen auf. Darauf schraubte er die blafende Kompe nieder und ging.

Auf der Straße lag er die frische Luft beherig durch die Küher. Es war ihm, als lie ihm ein Wühlstein vom Herzen gefallen. Der Dlemoh, der schlechte Kerl, den er geholt, der seine Schwester misshandelt und die ganze Familie ruhmüht hatte, war todemusst. Gott Lob! Gott Lob!

Jeder Empfindung vor, daß er ein Verbrechen begangen, begab er sich wieder in seine Behausung, wo die Kümer ein zweites Häuschen angeheißt hatten und die Frauen sich an Koffer und Kisten lösten.

„Ich sein drüben gewest“, sprach er mit feiter Stimme zu seiner Schwester, deren Zorn die Wühlsteinen verbunden holt. „Es tut die mir mehr, be hat sich am Wehkrappen aufgehoben (aufgehängt).“

Die Weibskunde lachten auf, von Entsetzen gebodt. Die Annerget gab seinen Vorn von sich. Ihre Wüde aber bobten sich in ihres Bruders Augen. In diesem Augenblick wachte sie: er hatte den Dlemoh kalt gemordet.

Am nächstfolgenden Tag wurde der Selbstmörder ohne Sang und Klang begraben.

Kaum daß er eingegraben war, stellte sich die Wüde wieder ein. Ritter und Loeber nahmen sich mit Fleiß und Umsicht der verlotterten Wirtschaft an und dingten einen tüchtigen Knecht.

Zeit mehr denn zwanzig Jahren hatte im Dorf niemand mehr Fond an sich selbst gelegt. Kein Wunder, daß die Erregung eine allgemeine war, daß der Tod des Dlemoh für Wochen und Monate den Gespürstoff lieferte. Die einen meinten, er habe sich im Züstermonninn das Leben genommen, die andern raturierten, es könne nicht mit reden Dingen zugegangen sein, es müsse noch etwas dahinter stecken, was der Aufförung bedürte. Im „Ritter“, wo die Feinde des Wühlsteiners ihre Zusammenkünfte hatten, wurde geradezu ausgeprochen, der Napoleon habe seinen Schwager aufgehängt. Doch war man sich darüber klar, daß um diese schwere Beschuldigung nicht weiter tragen dürfe, weil man nichts beweisen konnte. Tellen-ungeachtet ging das „Gedächtnis“ von Mund zu Mund.

Am Ende besam auch der Napoleon Wind davon, wessen man ihn beschuldigte. Furchtlos stand er zwischen seinen warn- und Weisensätzen und sprach: „Wann ich den schlechten Hund erwid, der das ausgebracht hat, schlag ich ihm alle Knochen kaputt!“

Der „schlechte Hund“ war nicht zu ermitteln, aber die Mästerstimmen wollten nicht schweigen. —

Und es geschah, daß der Napoleon im Benachbarten Eichenbach Saatkartoffeln kaufte und seinem Sohn befohl, sie heimzubringen.

Der Dammfried war ein schöner Burid, seiner Eltern Augenweide. Nur daß er gar zu lustig war, bebogte seinen Vater nicht. Eines der Aste sich wie ein Truhbann auf und sah die mittelblässigen und kleinen Bauern über die Acheln an, war der Junge die Schicktheit selbst und bezeugte Ehre, wenn Ehre gebührte. —

Der Dammfried konnte die Schimmel an und fuhr nach Eichenbach. Dort belud er seinen Wagen mit Saatkartoffeln, und weil ihm bei der Arbeit warm geworden war, ging er ins „Bann“, sich an einem Trunk zu erwidern.

In der Wirtstube lag der rote Keller, ein Meferfeld, der schon zweimal mit dem Gefängnis Bekanntschaft gemacht hatte. Der oriente den Wälderlohn an und fragte: „Wann hängt dann dein Vater wieder ein?“

Der Dammfried, sonst duldsam und verträglich, verstand in dieser Sache keinen Spaß. Er war von seines Vaters Unschuld sehr überzeugt und hatte dabei schon mit größter Erbitterung von dem „infamen Gedächtnis“ geredet. Nun, da ihn der rote Keller, der die schreckliche Beschuldigung zu unweit, — sagenlang, erkorste ihn eine wilde Wut, daß er sich bei dem roten Keller helfen muß. Er ging nach oben, und da gemeiner Lump?“

Jahr zu Jahr mehr in Anspruch genommen wird. Bei den sich immer mehr verärfertenden Besenständen auch im Arbeitsverhältnis ist es ein zwingendes Bedürfnis, eine Auskunftsstelle zu unterhalten, die die Rechte der einzelnen Arbeiter nachprüft und eventuell energisch verfolgt. Bei schwierigen Fällen wird die Vertretung seitens der Auskunftsstelle übernommen werden müssen, die dann, wie auch im letzten Jahre, leichter und fast immer zu einem Erfolge führt.

Dahme, 13. Januar.

Bedeutliche Verletzungen erlitt der Landwirt Hunte-mann von hier. Als der mit einem Fuder Holz beladene Wagen an einer steilen Stelle vor dem Drie ins Gleiten geriet, wollte H. das Gespann zum Halten bringen, stürzte aber und wurde überfahren. Die Verletzungen sollen sehr schwer sein.

Pratz, 13. Januar.

Die fällige **Steuerverteilung** fand am 9. Januar statt. Zu Vorliegenden wurden gemeldet: B. Woyden als erster und J. Jämsmann als zweiter; zu Rückzinsen: D. Zeigermann als erster und K. Rabenbansen als zweiter; als Schrift-führer: B. Jordan und als Revisoren: Thomas Jørgens und Tenzer. — Im verfloffenen Jahre fanden zehn Sitzungen statt. Im Januar und Mai wurden die Sitzungen wegen der Reichstagswahl ausgesetzt. Der Besuch der Sitzungen war im Vergleich zum Vorjahre ein bedeutend besserer. Die stammunionsmäßigen sollen in einer am 23. Januar statt-findenden konstituierten Versammlung vorgenommen werden. Den Bericht des Bildungsausschusses erstattete Genosse Jordan; hierin wurde der schwache Besuch der Bildungs-abende besonders erwähnt; zum Besuch zu haben, sollen künftig die Karten durch die einzelnen Gewerkschaften ver-trieben werden. Im Punkt Verfallsverbot wurden noch einige innere Angelegenheiten besprochen.

Beauftragung des Stadtmagistrats. Zum 1. April 1913 ist ein Stadtmagistrat mit Erfahrung im Hoch- und Tiefbau anzustellen. Gehalt 2500 bis 4500 Mark bei jährlichen Zulagen von 100 Mark. Anstellung fünf Jahre widerruflich und dann un widerruflich. Nebenunterricht an der Fortbildungsschule ist ohne besondere Vergütung bis zu zehn Stunden wöchentlich zu übernehmen. Bewerbungen unter Anlegung des Lebenslaufes und Zeugnisse sind bis zum 31. Januar 1913 an den Stadtmagistrat zu richten. — Zum 1. Februar d. J. soll ein im Maschinenzeichnen und Stenographieen gewandter Schreiber angestellt werden. Monatsgehalt 80 Mark. Selbstständigere Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisse sind dem Magistrat ein-zulegen.

Fällig sind im Monat Januar folgende kommunale Abgaben: a) zur Volksschulafasse: 58 Prozent der Einkommen-steuer, 78 Prozent der Grund- und Gebäudesteuer; b) zur Kirchenafasse: 22 Prozent der Einkommensteuer, 20 Prozent der Grund- und Gebäudesteuer.

Nordenham, 13. Januar.

Bevölkerungsabzweigung der Stadtgemeinde Nordenham im Monat Dezember. Der Bestand der Einwohnerchaft betrug am 1. Dezember 8985 Personen. Angemeldet sind im Laufe des Monats Dezember 168, geboren 23, zusammen 191 Personen, abgemeldet 234, verstorben 11, zusammen 235 Personen. Abnahme 44 Personen. Der Bestand der Einwohner betrug demnach am 1. Januar 1913: 8641 Personen.

Ein großes Schlaglicht auf die, angeblich aus Humanität, eingeführten Wohlfahrts-einrichtungen der Unternehm-er, bezweckt die der Metallwerke Unterweyer, werden einer Vor-kommisssion der Kammer. Die Direktion der Metallwerke Unterweyer, resp. dessen Hintermann, haben bekanntlich einen Werkverein gegründet, der den Zweck haben soll, die Normenbefreiung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auszuhebeln bzw. zu beseitigen. Da nun verschiedene der Arbeiter sich den Wünschen der Direktion, betreffs Ein-tritt in den Werkverein, nicht fügten, indem sie die Hinter-gedanken, die zur Gründung des Vereins geführt haben, er-kannt haben, glaubt die Leitung der Werke es sich nicht ver-lagen zu dürfen, diese Leute mit Entlohnung zu bestrafen. Die Entlohnung erfolgt in der Weise, daß den Gegnern des Vereins Goldgegenstände Arbeiter anbehalten werden, die überhaupt noch nicht von ihnen ausgeführt sind oder aus-

geführt werden konnten, verzieht dann einer eine Miene oder weigert er sich sogar, dann wird der Befehl der Arbeits-ordnung Ungenossen herangezogen und die Entlohnung ist da. Ist nun zwischen diesen Entlohnungen einer, der eine den Metallwerken gebührende Wohnung inne hat, so wird ihm bei der Entgegennahme seines Arbeitslohnes gleich gesagt, daß mit dem Aufhören des Arbeitsverhältnisses auch sofort das Mietverhältnis außer Kraft tritt und wenn er dann nicht in der Lage ist, sich innerhalb 24 Stunden eine andere Woh-nung beschaffen zu können, so ist der arme Teufel gezwun-gen, entweder das Armenhaus oder den Gassenhaken als Wohnung zu benutzen. Aber daran fehlt sich das Metall-werk nicht, wenn nur die Humanität noch außen hin gewahrt bleibt, wenn nur in den Jahresberichten auszusagen werden kann, im verfloffenen Jahre sind wiederum 10 oder 15 000 Mark für das „Wohl unserer Arbeiter“ aufgewandt worden. Also Arbeiter, merkt Euch das, wie es die Unternehmer mit Euch machen, so lange ihr Euch ihren Wünschen fügt, so lange werdet ihr freundlich behandelt, denn dann seid ihr die zur Ausbeutung geeigneten Objekte, laßt ihr es Euch oder einsinken, anderer Meinung zu sein wie Eure Arbeit-geber, aber gar mehr Lohn zu verlangen, so werdet ihr un-würdig und mit Eurer Familie auf die Straße geworfen!

Enden, 13. Januar.

Der Seebuder Posten im Jahre 1912. Die „Wes.-Sta.“ meldet: Angelommen 9204 Fahrzeuge mit 3 116 000 Reg.-Z., darunter 2913 Seefische mit 1 628 000 Z., abgegangen 9088 Fahrzeuge mit 8 100 000 Tons, darunter 2915 Seefische mit 1 638 000 Tons, gegen 10 474 Fahrzeuge mit 2 774 000 Tons (2761 Seefische mit 1 287 000 T.) bzw. 10 415 Fahr-zeuge mit 2 781 000 T. (2739 Seefische mit 1 276 000 T.) im Jahre 1911. — An Gütern sind angelommen: 1. im Seeverkehr 1 597 000 Tonnen, abgegangen 1 633 000 T., gegen 1 564 000 Tonnen bzw. 1 291 000 Tonnen im Jahre 1911; 2. im Fluß- und Kanalverkehr: angelommen 1 228 000 Tonnen, abgegangen 1 515 000 Tonnen, gegen 1 297 000 T. bzw. 1 502 000 T. im Jahre 1911. — Die Zahl der ein-kommenden Seefische hat dem Vorjahre gegenüber um 152 Schiffe, der Tonnage nach um 341 000 T. zugenommen. Die Zahl der abgenommenen Flußschiffe hat sich gegenüber dem Vorjahre um 1461 und um rund 30 000 T. vermindert. Die Kanalschiffahrt hat sich um rund 30 000 T. verbessert. — Die Ernteafasse ist um 242 000 T. gestiegen, dagegen ist die Getreideafasse um 170 000 T. gegen das Vorjahr zurück-gegangen. Die Kohlenafasse hat um 360 000 Tonnen zu-genommen.

Ertrunken. Wie gemeldet wird, ist Freitag nachmittag der Post-Kerkerhof aus Enden bei der Ausübung seines Berufs aus einem Boot in die See gestürzt und leider er-trunken. Der so jäh ums Leben gekommene Seemann war verheiratet und Vater mehrerer Kinder.

Aus aller Welt.

Zur Steuerhinterziehungssache in Dortmund. Der liberale Stadtverordnete Otto zur Hellen hat dem Vor-sitzen den des Stadtvorstandeskollegiums durch ein Schreiben mitgeteilt, daß er sein Mandat niederlege. Damit ist die Persönlichkeitsfrage des Defendants festgestellt, dessen Namen die bürgerliche Presse hartnäckig verweigert. Er hat also die Konsequenzen seiner Handlungen gezogen, obwohl man ihn der liberalen Fraktion zu erhalten suchte. Otto zur Hellen ist Großkaufmann und Inhaber der Agentur des „Nordd. Lloyd“ in Dortmund. Wie schon mitgeteilt, hat Otto zur Hellen freiwillig 18 000 Mark an hinterzogenen Steuern nachgezahlt, weshalb die Steuerbehörde von einer Straf-anzeige absteht. Die hinterzogene Steuersumme soll sich auf 10 zurückliegende Jahre verteilen. Wie die „Dortmunder Zeitung“ entscheidend mitteilt, soll zur Hellen gelobt haben, er könne den Aufwand für den Haushalt seiner Familie vom Einkommen in Abzug bringen. Unter solchen Umständen müßten ja die Arbeiter überhaupt von allen Steuern befreit sein.

Sternidel — der Mörder von Ortwig. Die Raubmord-afäre in Ortwig hat eine überraschende Wendung genom-men. Durch die Untersuchung der Behörde hat sich die über-raschende Tatsache ergeben, daß der sogenannte Knecht Heinrich identisch sein soll mit dem langgekauften Raubmörder Sternidel, der seinerzeit in Schweden eine ganze Müller-

familie umbrachte, die Wähe in Brand setzte und noch andere Morde und Verbrechen begangen haben soll. Seiner-zeit waren 10 000 Mark Belohnung ausgesetzt worden. Sternidel war bereits vor Jahren in einem märkischen Dorf in die Hand eines Gendarmen gefallen, entkam aber wieder. — Die drei an dem Raubmord in Ortwig beteiligten Gebrüder Willi und Georg Kersten und Franz Salzmans sind nach dem Gerichtsentscheid in Frankfurt a. O. transportiert worden. Die Abfahrt erfolgte mit dem fahplanmäßigen Zug 2 Uhr 25 Minuten vom Bahnhof Alexanderplatz. Die Täter trugen an den Händen schwere eiserne Ketten und wurden von drei Kriminalbeamten begleitet.

Der Mörder von Ortwig hat sich nunmehr auch selber als den Müllergeißelten August Sternidel bezeichnet. Nach immer will er an der Tat weniger schuldig sein als seine Mitbeteiligte. Angeblich hat er eine Rache gehandelt, weil der ermordete Hofbesitzer ihm eine Schürze weggenommen und das ermordete Dienstmädchen, das er irrtümlich dieser Tat beschuldigte, ihm „du alter Strolch“ gerufen habe. Hiebrigens habe er nur Rache nehmen, aber keinen Mord begangen wollen. Das alteste Mädchen habe er namentlich bezeugen geholt, weil sie ihm die Schürze wiedergegeben habe. Im Verlaufe der den ganzen Sonntag über an-dauernden Verhöre ging der Verbrecher auch auf den Raub-mord von Klagenitz ein und ließ auch hier die Schuld be-sonders seinen Mitbeteiligten zu. Es ist festgestellt, daß Sternidel sich immer unter anderen Namen, als die Jahre meist im Oberbruch aufzuhalten hat. Möglich ist dies dadurch geworden, daß die Bauern sich selten genauer über die Persönlichkeitsfrage ihrer Knechte zu unterrichten pflegen. Nur einmal ist er ein Jahr lang in Ruhland gewesen. Jetzt scheint er daraus hinaus zu wollen, als geisteskrank er-klärt zu werden.

Antoleranz in Spanien. Vahjo Fernandez ein Marine-soldat in Ferrol, hatte, sich auf seine Eigenschaft als Pro-stant berufend, trotz wiederholter Aufforderung seiner Vorgesetzten sich geweiht, während des katholischen Gottes-dienstes, dem er mit seiner Kompanie bewohnte, die Er-hebung der Heilige niedersagte. Vor ein Kriegsgericht ge-führt, wurde er freigesprochen. Jetzt aber hat der Madrider höchste Marine- und Kriegsrat dieses Urteil umgewandelt und Fernandez zu sechs Monaten Arrest wegen Ungehorsams verurteilt.

Chinesische Kultur. Kurzgefasst wird in China, ebenso wie mit den Ausländern, die in einer großen Gruppe gemeinsam verbrannt werden, auch mit Verurteilten gemacht, die dem Verbot des Opiumrauchens zuwiderhandelt. Wie in den Londoner „Times“ aus Schanghai berichtet wird, hat dort eine Meldung aus Tientsin die Vorsehung, wonach vom dortigen Gouverneur eine Frau, die das Opiumrauchen fortgesetzt hat, zum Tode durch Erschießen verurteilt worden ist. Die Vollstreckung dieses Urteils ist am Radmittag des 9. Januar in Gegenwart einer großen Menschenmenge erfolgt.

Drei Matrosen ertrunken. Man meldet aus Kappe-l an der Zeele: Von der Belatung eines Torpedobootes sind vor Zehr in der Nähe der Schlei-mündung beim Bergen eines Torpedos ein Obermaat und zwei Matrosen er-trunken. Der Unfall ereignete sich dadurch, daß eine Trosse brach und ein Boot ausgetrieben werden mußte, um eine neue Trosse von Land zu holen. Dabei kenterte das Boot, und die Leute ertranken. Gegenwärtig wird nach den Leichen gesucht.

Vermischtes.

Ein eigentümliches Mißgeschick ist dem bayrischen Ministerpräsidenten Freyherrn von Hertling widerfahren, als er zur Besetzung von Aderleins-Wälder nach Stuttgart fuhr. „Freikarte“ soll, als der Koffer aufgegeben werden sollte, in derart schmerzhaftem Tone abgeliefert worden sein, daß der Schalterbeamte „zwei Malen“ verstand. Da aber nicht gezahlt wurde, blieb der Koffer stehen, und man merkte das Verhängnis erst, als der Ministerpräsident schon abgedampft war. Nun war Holland in Rot. Eine nachgehende Schnell-zuglokomotive hätte den Zug auf bayrischen Geleisen nicht mehr erreichen können. Man entschloß sich also, laut „Stdt. Jg.“, zu einer Automobilprozedur, in welche der Unglücks-fallter und unter dringlicher Einschüpfung der Wichtigkeit

1200 Musiker in die Fremde, um überall da aufzutreten, wo man lustige Musik liebt, in Dörfern und Städten, auf den Straßen und in den Pariser Cafés. Einer von der Kapelle führt die gemeinsame Sache, später werden die Ein-nahmen geteilt. Viele bringen im Herbst einen schönen Vahen Geld mit heim in ihr westliches Dörfchen, manche kamen sogar zu ansehnlichem Wohlstand, besonders wenn sie Amerika bereist haben, wo die zahlreichen Flügel Auswanderer ihre musizierenden Landsleute freundlich aufnehmen. Die wirtschaftliche Bedeutung der Musikanten-dörfer in der Holz ist in den letzten Jahren derart ge-wachsen, daß die bayerische Regierung sich ernstlich mit der Frage der Errichtung einer staatlichen Musikerschule be-schäftigt, um eine erweiterte musikalische Ausbildung der Dörfler zu ermöglichen.

Winterwehen.

Von Adalbert v. Chamisso.

Von des Nordens kaltem Wehen wird der Schnee dahergeweht. Der die dunkle Erde deckt;

Dunkle Wolken ziehn am Himmel, Und es flimmern keine Sterne, Nur der Schnee im Dunst schimmert.

Orb und Fall der Wind sich wegt, Schwarzig löst er in die Stille; Tief hat sich die Nacht gesenkt.

Wie sie ruhn auf dem Gefilde, Kuhn mir in der tiefsten Seele Dunkle Nacht und hebrer Winter.

Der Arzt war seiner Sache sicher, doch wollte er nicht widersprechen und schied mit den Worten: „Gut, Bläsch-müller, ich bring einen Kollegen mit.“ — (Schluß folgt.)

kleines Zeitskizzen.

Wäskantendörfer in der Holz.

Im südöstlichen Winkel der Rheinprovinz liegt die alte Babelstadt Kreuznach, die in den letzten Jahren durch ihre Radiumafunde den Ruhm erlangte. Wenn man dort im Frühjahr den mit freundlichen Blumenenden zwischen den Bahnhöfen gelegten Bahndamm betriff, so fallen zwischen dem eleganten Bahnpublikum die zahlreichen Scharen von Musik-anten mit Mägel und Trompete auf, die hier zu den ins ferne Ausland, nach Italien, Frankreich und Holland fahrenden Zügen streben. Das lustige Völkchen kommt aus dem nahen Hölzer Wald, der ein knappes Stündchen hinter Kreuznach, nicht an den blau-weissen Grenzgebirge beginnt. In diesem weitemweit sich streckenden Waldgebirge gibt es ganze Dörfer, deren Einwohner Musiker sind. Im Winter treiben sie irgend ein Handwerk oder widmen sich ihrem häuslichen Bestiztum, aber wenn der Frühling auf die Berge steigt, dann nehmen sie das Mägel auf den Rücken und die Fiedel unter den Arm und wandern in Gruppen zu 6 und 10, ja bis zu 18 und 24 Mann in die weite Welt hinaus. Weit geht die Fahrt nach Holland, England, Schweden, Rus-land, der Schweiz usw., doch auch in Amerika fanden wir voriges Jahr 20 Hölzer Musiker, 40 in Afrika, 30 in Australien, 10 in Asien. Allein aus den Dörfern Wolfstein, Zettendorf und Hageburg wanderten vorigen Sommer

